

Pensionskassenstudie 2010

Fokus Renten – Tabus brechen und Lösungen vorantreiben?

Befragungsergebnisse

Agenda und Ansprechpartner

- ▶ Design der Studie
- ▶ Berufliche Vorsorge und Politik
- ▶ Finanzierung und Solidarität
- ▶ Führung und Überwachung
- ▶ Kernaussagen und Schlussfolgerungen seitens Ernst & Young

Ihre Ansprechpartner:

Marcel Stalder
Partner
Sector Leader Insurance

Ernst & Young AG
Postfach
8022 Zürich
Telefon +41 58 286 34 01
marcel.stalder@ch.ey.com



Patrik Schaller
Partner
Leiter Vorsorge

Ernst & Young AG
Postfach
8022 Zürich
Telefon +41 58 286 33 09
patrik.schaller@ch.ey.com



Design der Studie

- ▶ Telefonische Befragung durch ein unabhängiges Marktforschungsinstitut (Valid Research, Bielefeld) im August 2010
- ▶ Befragung von 48 Vorsorgeeinrichtungen in der Schweiz
- ▶ Die Studie wurde erstmals durchgeführt

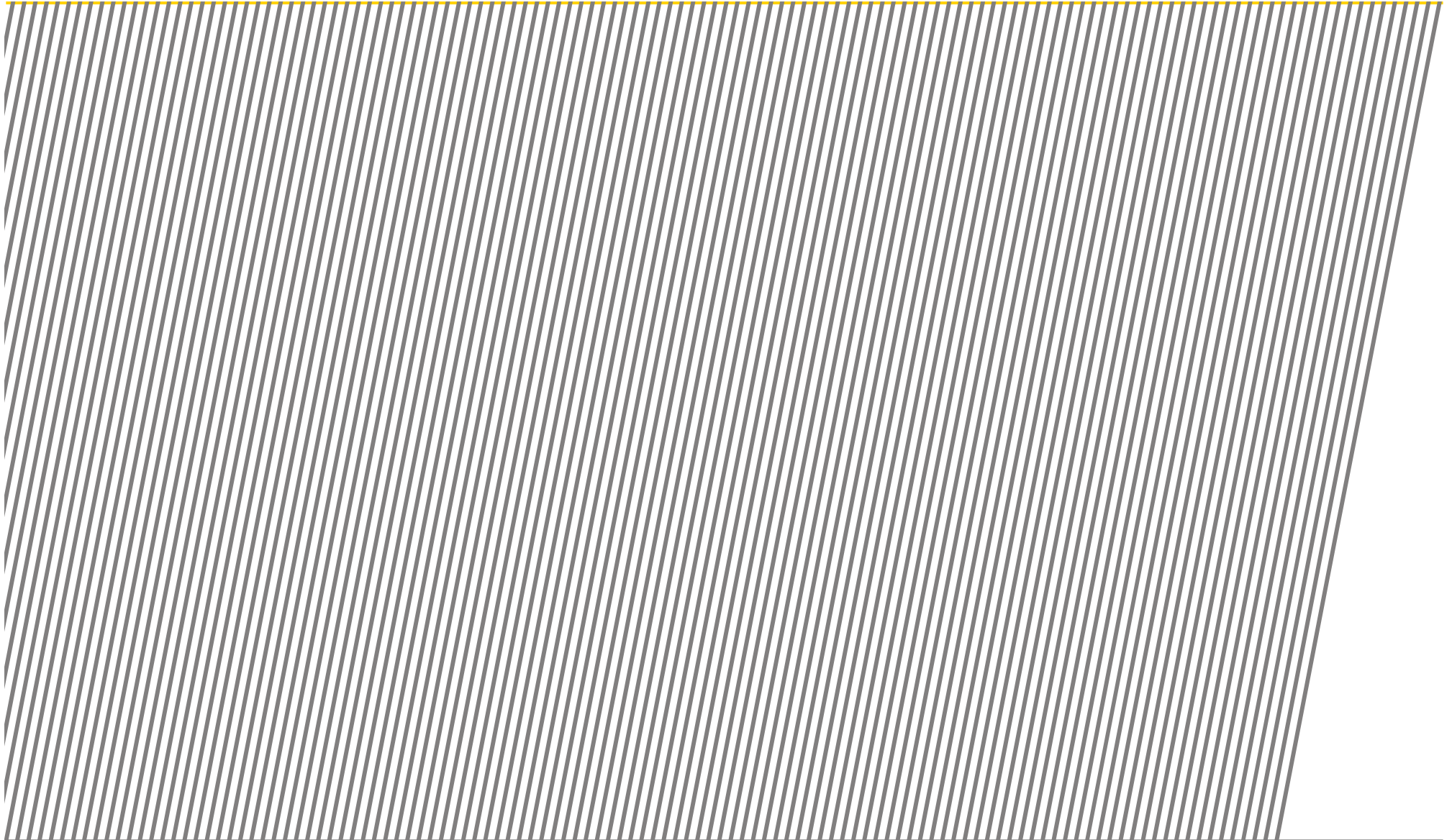
- ▶ Aufteilung des Befragungssamples

Typ Vorsorgeeinrichtung

Sammeleinrichtung- oder Gemeinschaftseinrichtungen	11
Autonome Vorsorgeeinrichtungen	22
Öffentlich-rechtliche Vorsorgeeinrichtungen	15

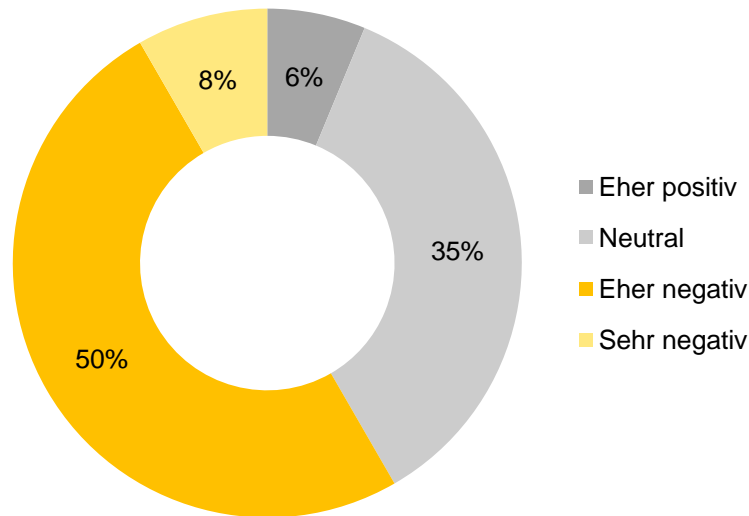
- ▶ Die Mehrheit der Befragten sind grosse Vorsorgeeinrichtungen (Bilanzsumme grösser als CHF 1 Mrd.)

Berufliche Vorsorge und Politik

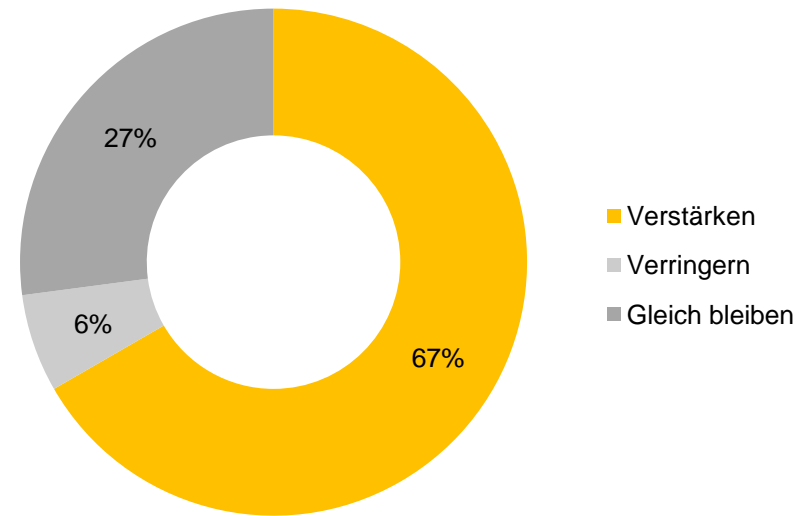


Mit Skepsis beobachteter Einfluss der Politik

Wie beurteilen Sie den Einfluss der Politik auf Ihr Tagesgeschäft?



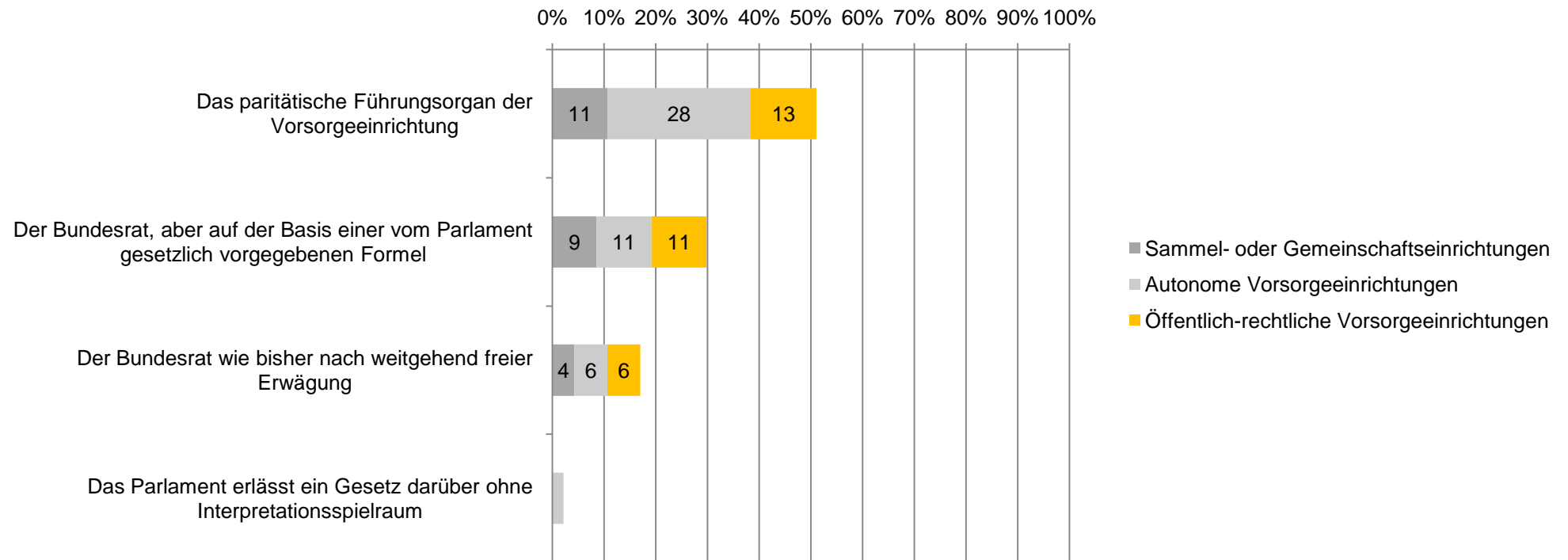
Wie wird sich Ihrer Meinung nach der politische Einfluss in den kommenden Jahren entwickeln?



- ▶ Die Skepsis ist gross, insbesondere bei Sammel- und Gemeinschaftseinrichtungen (64%).
- ▶ Es besteht wenig Hoffnung auf „Besserung“.

BVG-Mindestzins ist Sache des Führungorgans und nicht primär der Politik

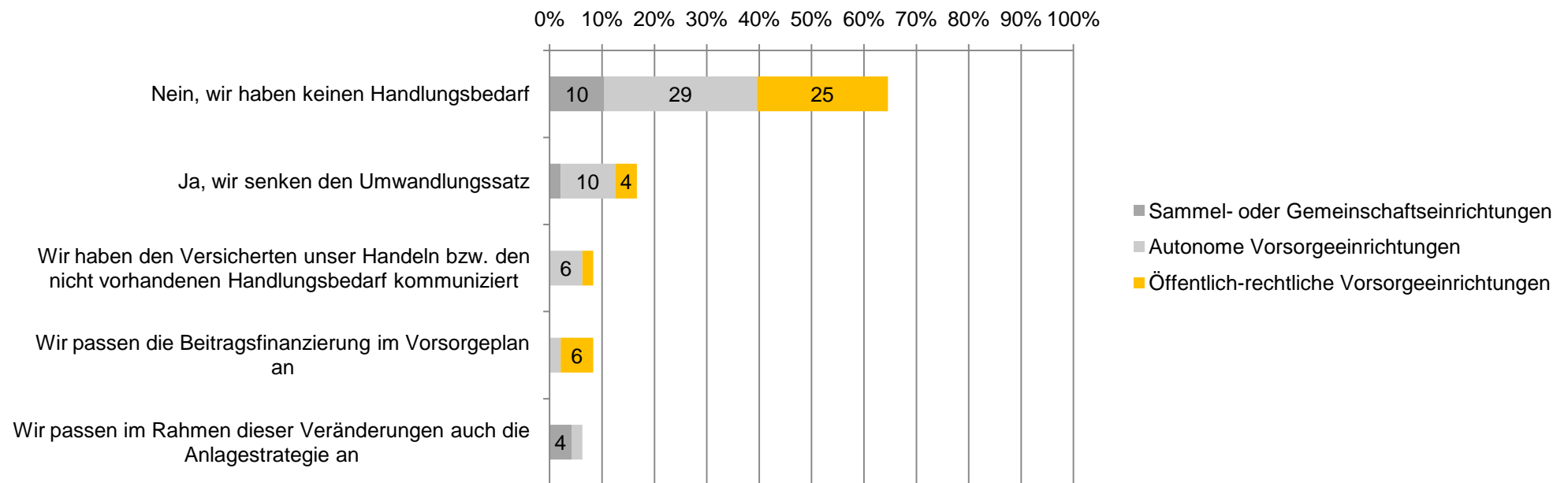
Der BVG-Mindestzins wird vom Bundesrat bestimmt. Wer müsste diesen Satz nach Ihrer Meinung festlegen?



- ▶ Die Bestimmung des Kern-Parameters wird als Führungsfrage beurteilt und soll deshalb in die Hände des Führungorgans gelegt werden.
- ▶ Wenn der Satz durch den Bundesrat bestimmt wird, dann eher mittels vorgegebener Formel.

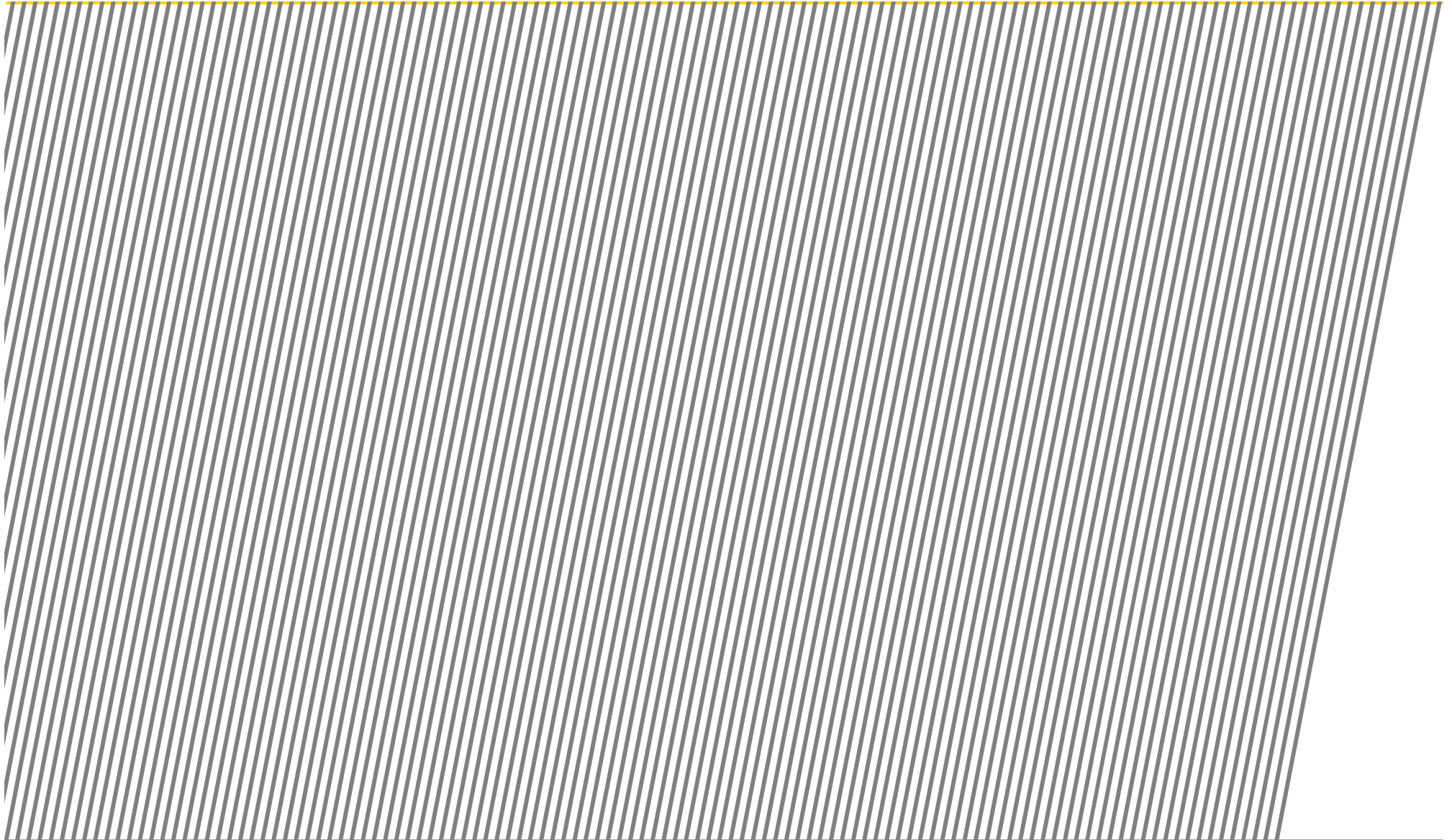
Mindest-Umwandlungssatz: Hausaufgaben gemacht

Die Abstimmung über eine weitere Senkung des Mindest-Umwandlungssatzes wurde im vergangenen März vom Volk verworfen. Hat dieses Abstimmungsresultat oder die Diskussion im Vorfeld der Abstimmung Ihre Vorsorgeeinrichtung zum Handeln veranlasst?



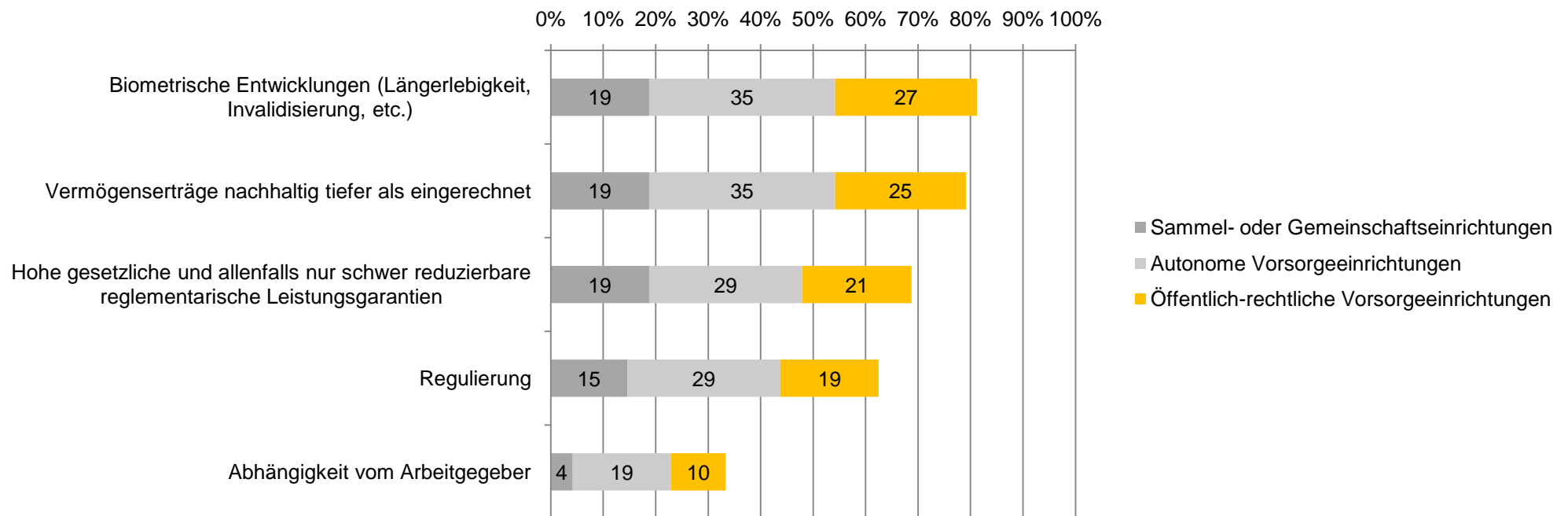
- ▶ Das Thema der Volksabstimmung zielte vielfach ins Leere. Ein Grossteil der Vorsorgeeinrichtungen brauchte den Mindest-Umwandlungssatz nicht zu senken.
- ▶ Erstaunlich wenige Vorsorgeeinrichtungen haben ihre Versicherten darüber informiert.

Finanzierung und Solidarität



Finanzierbarkeit der Vorsorge wird schwieriger

Losgelöst von Trends und aktuellen Ereignissen werden den Vorsorgeeinrichtungen einige grundlegende Herausforderungen zugeordnet. Welche treffen auf Ihre Einrichtung zu?

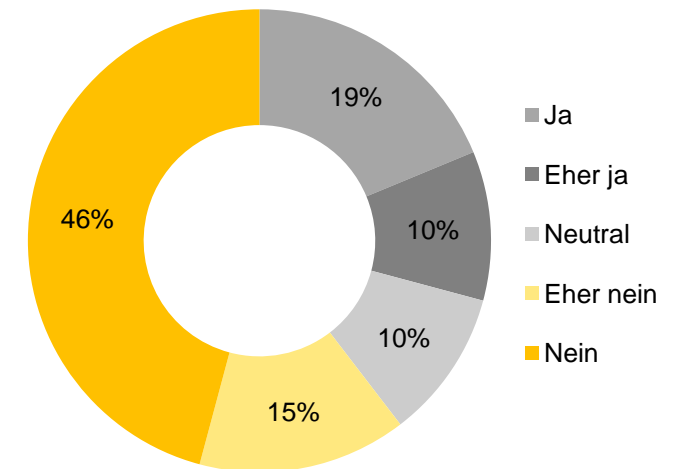
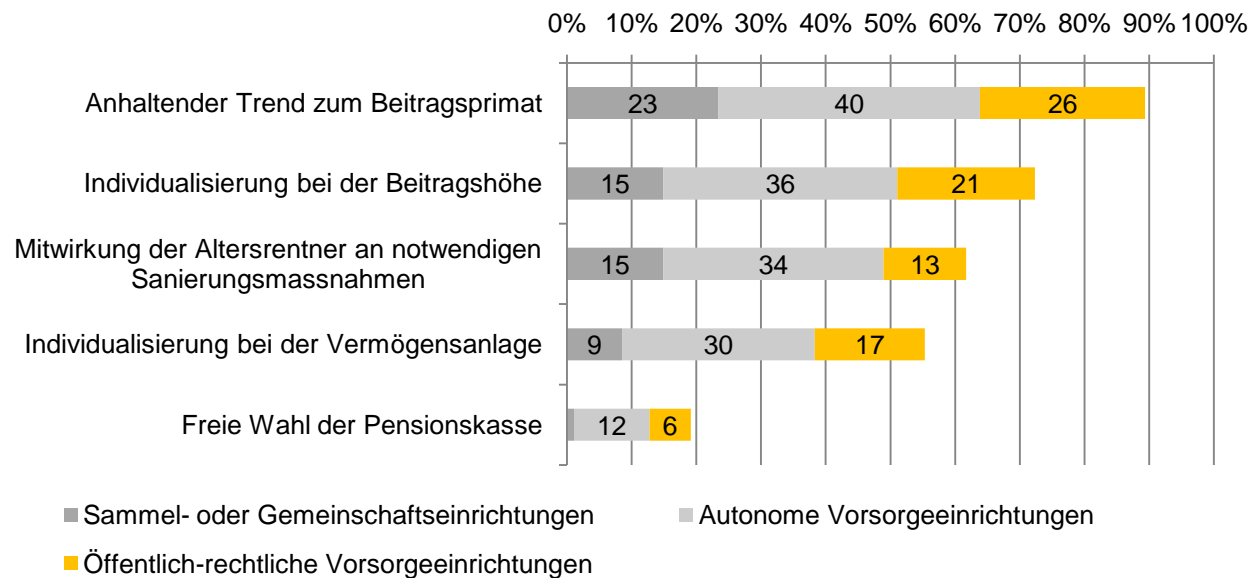


- ▶ Auffallend ist die Erkenntnis, dass die Vermögenserträge deutlich hinter den Erfordernissen zurückbleiben.
- ▶ Die Regulierung scheint einmal mehr eher als Herausforderung denn als Hilfe verstanden zu werden.

Anhaltender Trend zur Individualisierung

Die Bereitschaft, an solidarischen Konzepten mitzuwirken, nimmt generell ab. Welche Individualisierungsbereiche sehen Sie für die nächsten 10 Jahre im Vordergrund?

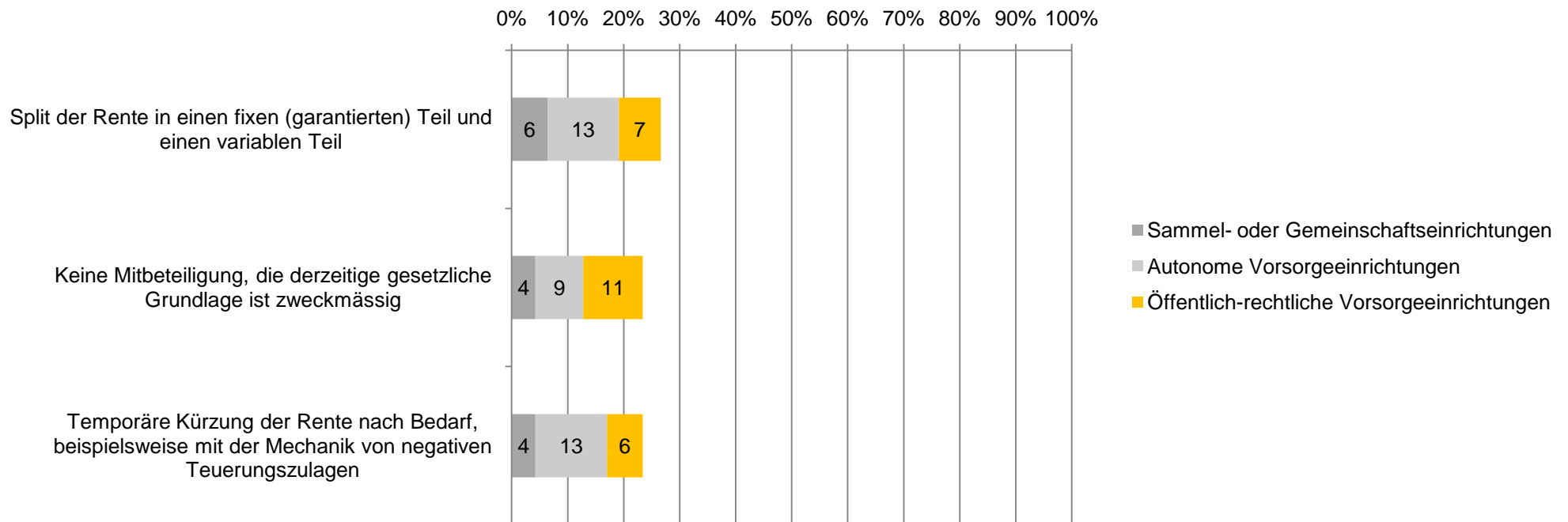
Glauben Sie, dass konkret Ihre Versicherten bei der Bestimmung der Vermögensanlage mehr mitreden möchten, beispielsweise durch die Schaffung von Wahlmöglichkeiten?



- ▶ Komplexere Individualisierungstrends sind vor allem bei der Vermögensanlage und bei der Beteiligung der Rentner an Sanierungen im Fokus.
- ▶ Es besteht eine gewisse Zurückhaltung gegenüber der freien Wahl der Pensionskasse.

Renten nur noch mit Teilgarantie versehen

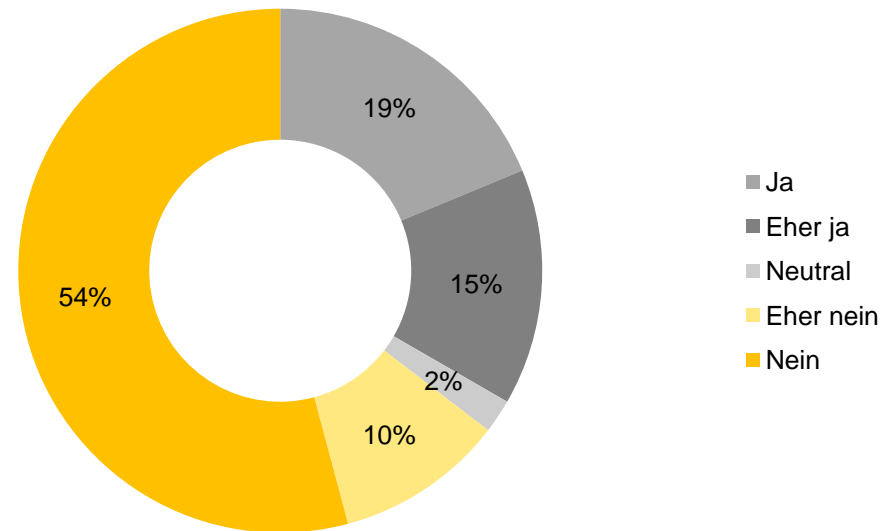
Welchen Weg der Mitbeteiligung der Rentner an der langfristigen Aufrechterhaltung des finanziellen Gleichgewichts würden Sie befürworten?



- ▶ Wenn Rentner an der Finanzierung der Kasse beteiligt werden sollen, dann am ehesten durch den Umstieg von der Vollgarantie auf eine Teilgarantie.
- ▶ Die bestehende Vollgarantie wird von der Branche nur relativ schwach unterstützt.

Erwähnenswert hohe Bereitschaft der Rentner, an der Sanierung der Kasse mitzuwirken

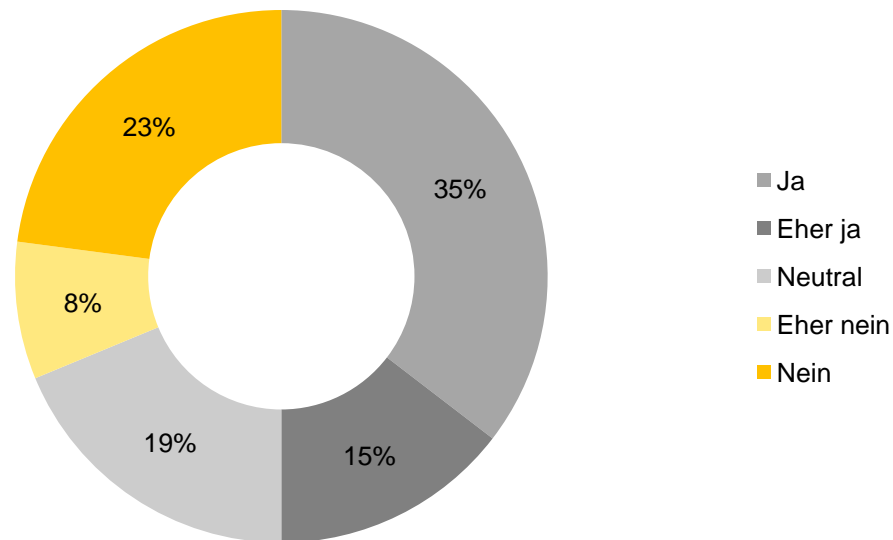
Sind Sie der Meinung, dass sich konkret Ihre Rentner für eine Beteiligung an allfällig notwendigen Sanierungsmaßnahmen zur Behebung von Unterdeckungen in einer massvollen Weise, aber stärker als derzeit erlaubt, aussprechen könnten?



- ▶ Den eigenen Rentnern schreiben die Pensionskassen-Verantwortlichen eine erstaunlich hohe Bereitschaft zur Mitwirkung an Sanierungen zu.
- ▶ Bei den Rentnern von öffentlich-rechtlichen Einrichtungen wird insgesamt die geringste Mitwirkungsbereitschaft vermutet (73%).

Überobligatorische Vorsorge bewahren

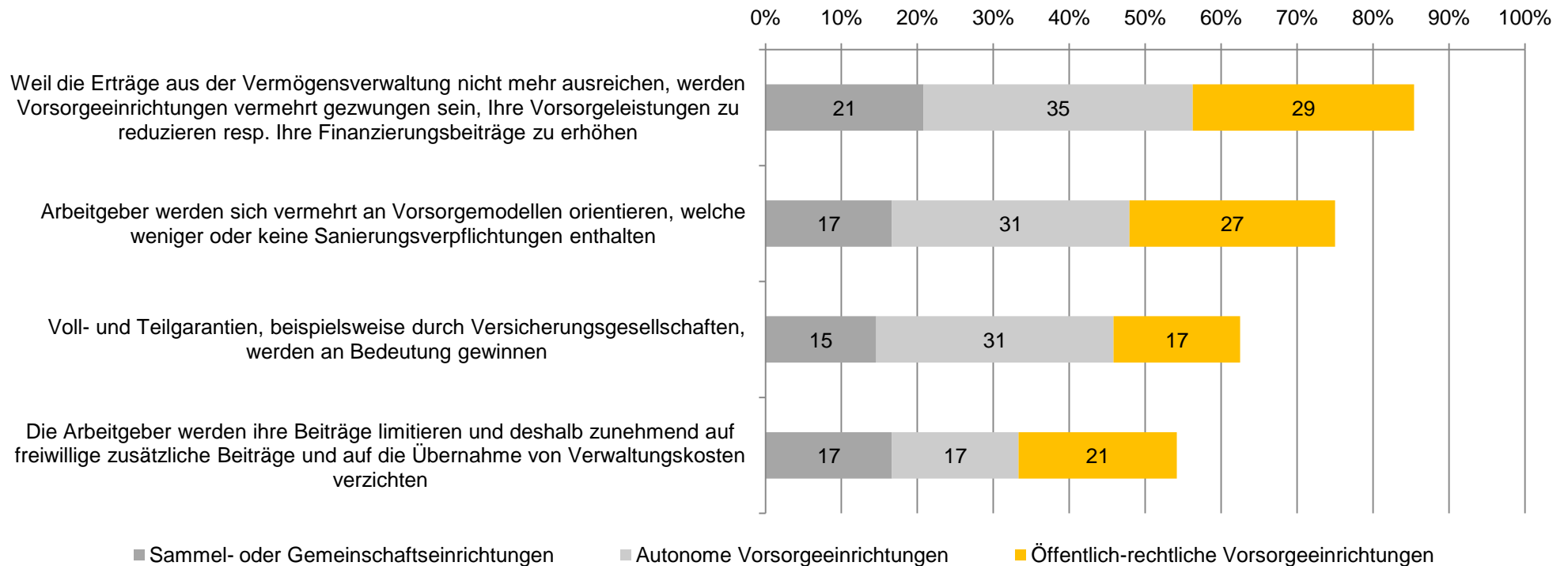
Die überobligatorische Altersvorsorge in der 2. Säule wird immer stärker reguliert und in der Regel den gleich strengen Vorschriften unterworfen, wie die obligatorische Vorsorge. Glauben Sie, dass dies den Stellenwert der überobligatorischen Vorsorge langfristig untergräbt?



- ▶ Ein Grossteil der befragten Vorsorgeeinrichtungen ist der Meinung, dass die überobligatorische Vorsorge zunehmend die Finanzierungslücken der obligatorischen Vorsorge auffangen muss.
- ▶ Bei den autonomen Pensionskassen ist die Zuversicht etwas stärker, dass sie den Stellenwert des Überobligatoriums verteidigen können (46%).

Blick in die Zukunft 1/2

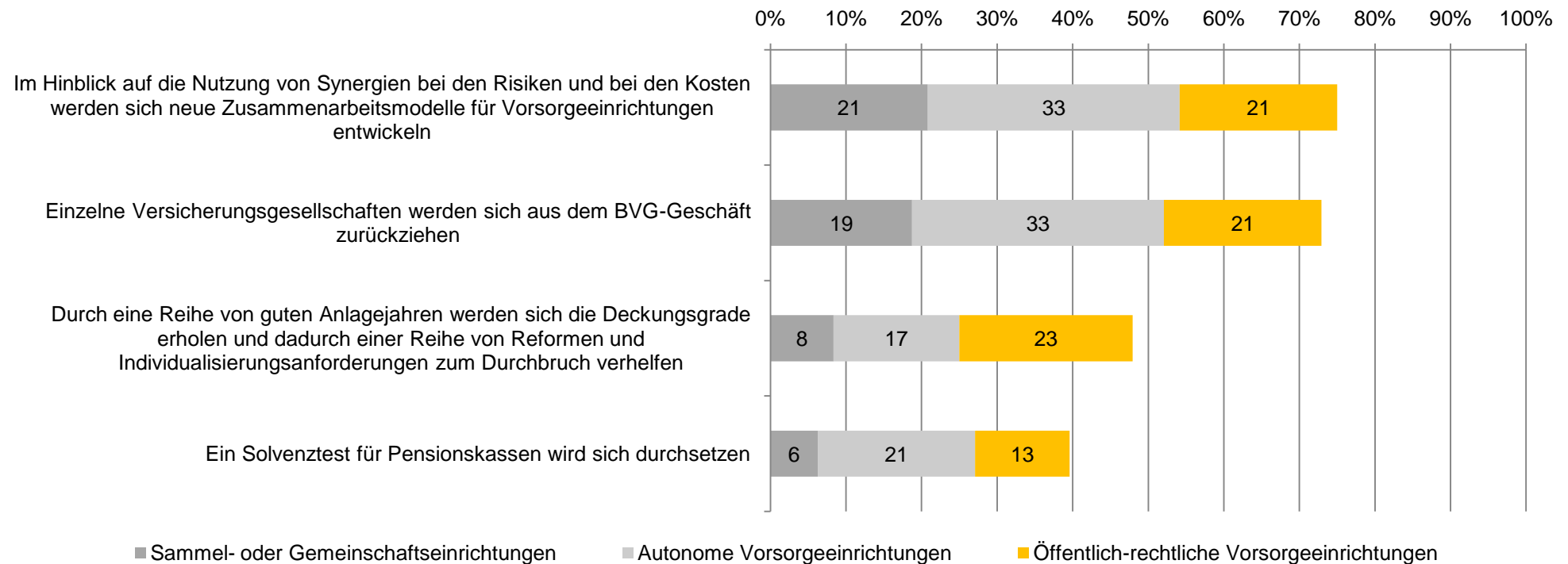
Ein Blick in die nächsten 10 Jahre: Welchen der folgenden Aussagen stimmen Sie zu?



- ▶ Vorsorgeeinrichtungen wollen die gesetzlichen Vollgarantien bei den Renten überwinden und die Arbeitgeber stören sich an den latenten Sanierungsverpflichtungen.
- ▶ Beide Elemente zwingen zur Suche nach neuen Lösungen und Reformen.

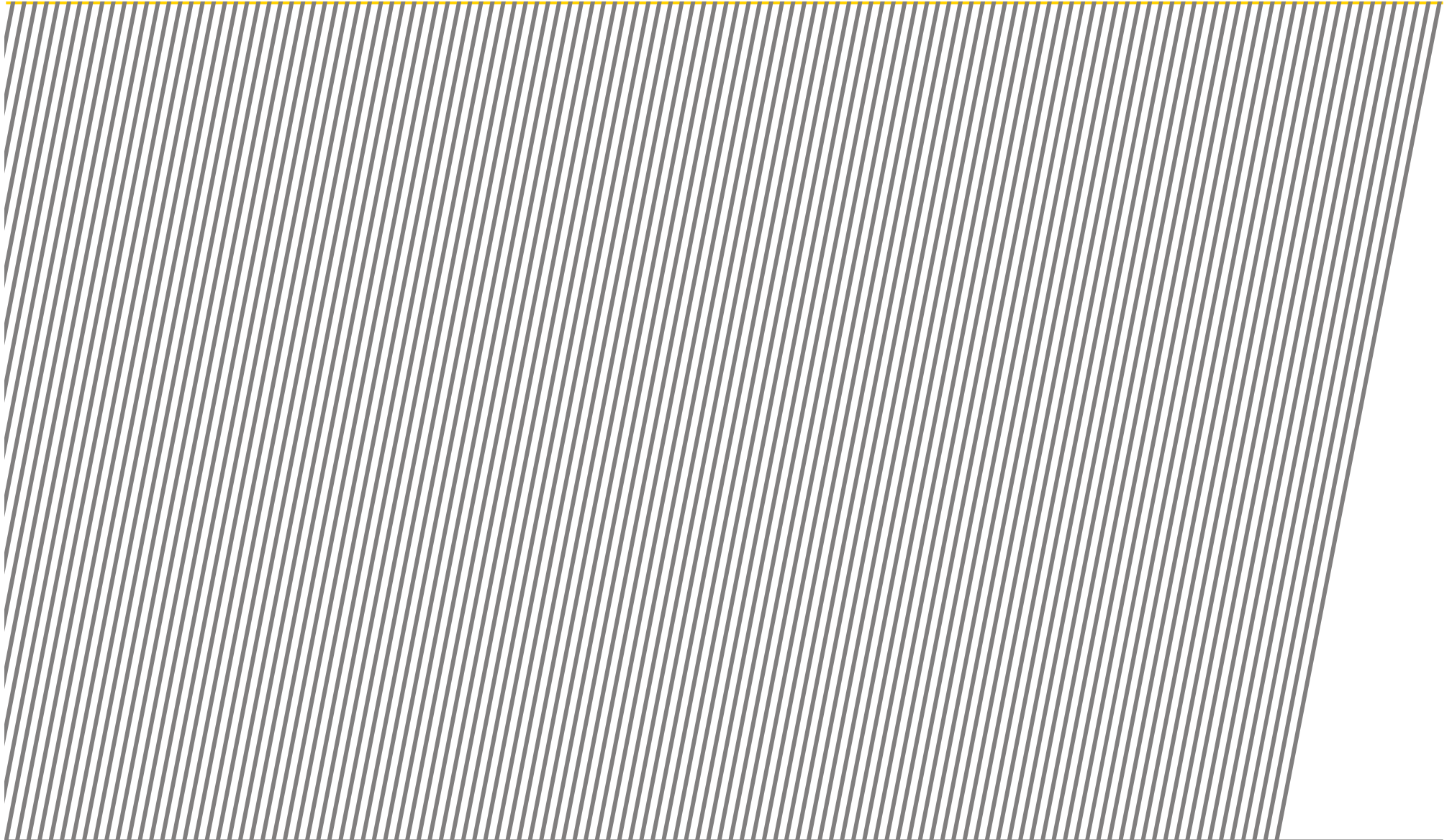
Blick in die Zukunft 2/2

Ein Blick in die nächsten 10 Jahre: Welchen der folgenden Aussagen stimmen Sie zu?



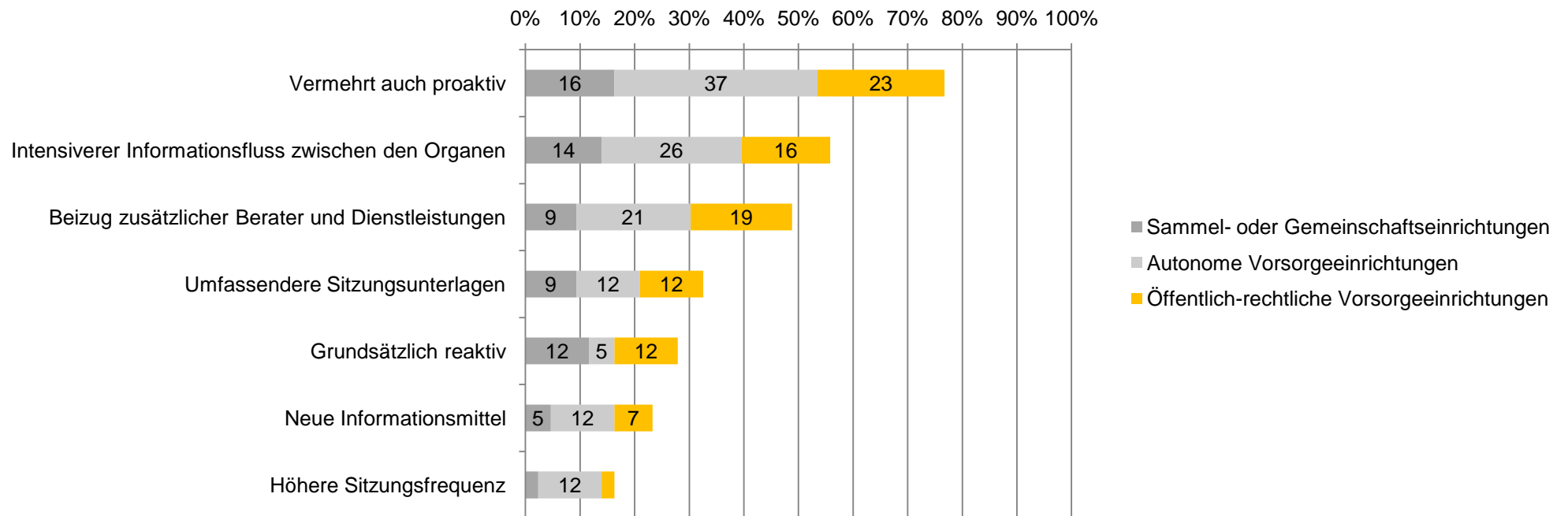
- ▶ Uneinheitliche, aber doch mehrere Lösungsansätze sind vorhanden.
- ▶ Der Weg für einen zukünftigen Solvenztest scheint geebnet.

Führung und Überwachung



Führungsgorgane sind mehr gefordert

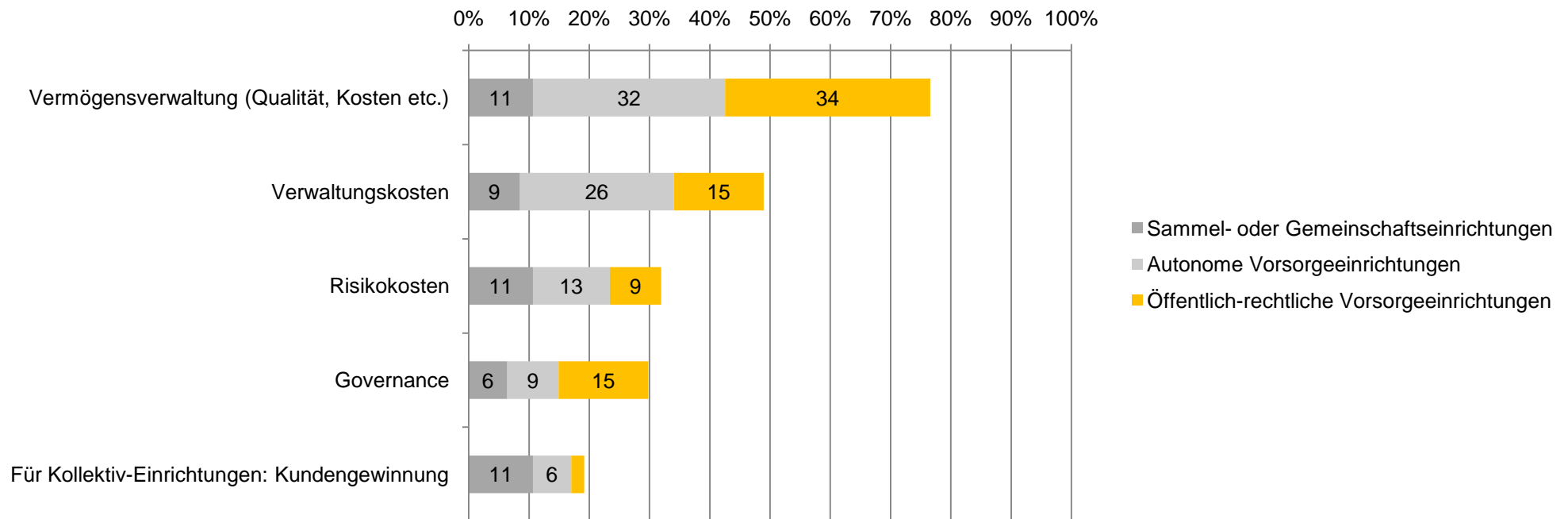
Hat sich in Ihrer Einrichtung in den vergangenen Monaten die Zusammenarbeit zwischen den Führungsorganen in folgenden Punkten verändert?



- ▶ Die Führungsorgane haben in den vergangenen Jahren ihre Führungstätigkeit klar verstärkt und intensiviert.
- ▶ Die Zusammenarbeit zwischen den Organen scheint sich zu verbessern.

Vermögensverwaltung spürt am meisten Druck

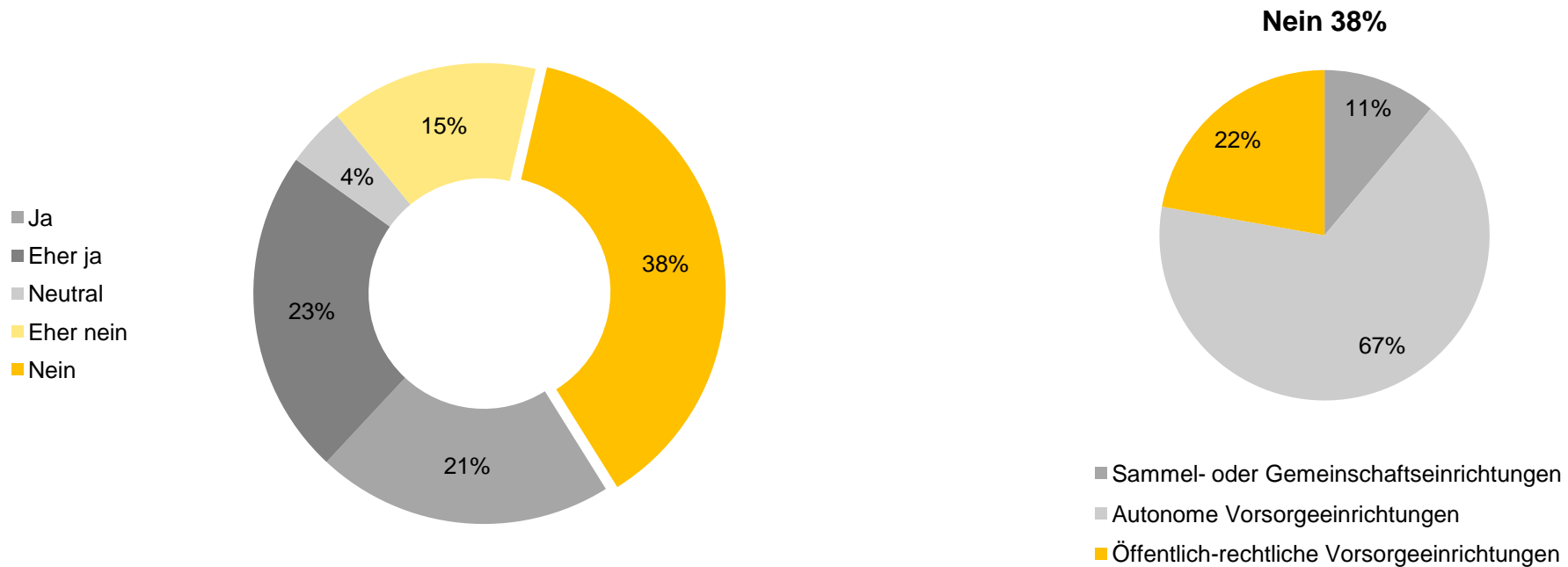
In welchen Bereichen sind der Wettbewerbsdruck bzw. die Erwartungen Ihrer Anspruchsgruppen derzeit besonders stark?



- ▶ Der Druck auf die Vermögensverwaltung ist mit Abstand am grössten.
- ▶ Die Verwaltungskosten stehen offenbar auch im Fokus der Anspruchsgruppen.

Kontroverse Meinung über die Abgeltung der Stiftungsräte

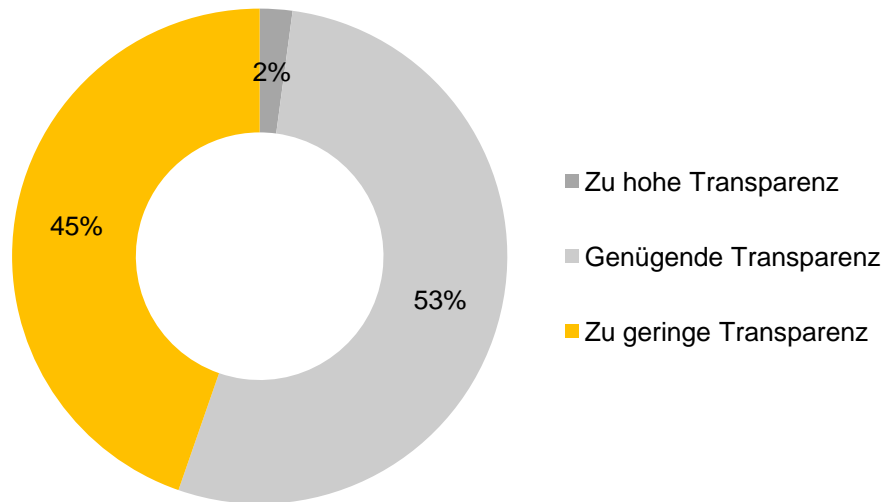
Die Stiftungsräte führen Ihre Aufgaben als oberstes Führungsorgan zumeist unentgeltlich aus. Kann nach Ihrer Einschätzung mit einer adäquaten finanziellen Entgeltung der Stiftungsräte die Professionalität der beruflichen Vorsorge erhöht werden?



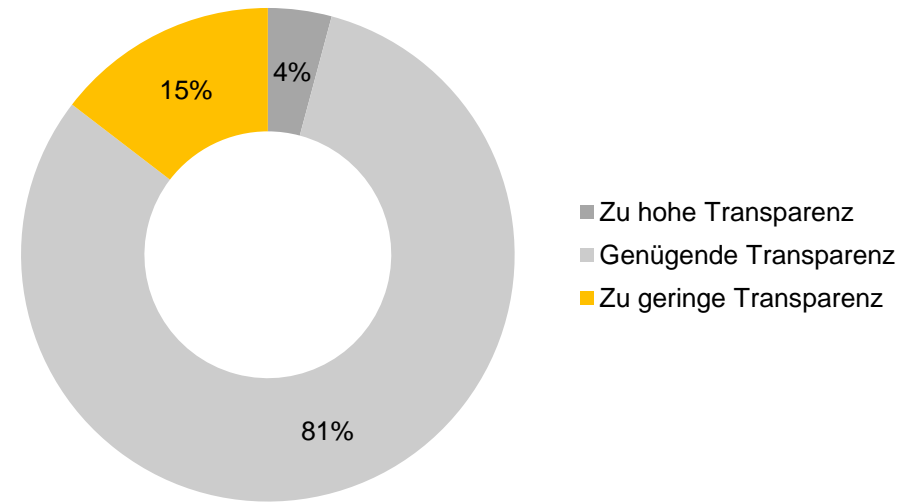
- ▶ Eine höhere Entgeltung führt nicht automatisch zu einer höheren Professionalität. Diese Meinung vertreten im Besonderen autonome Einrichtungen.
- ▶ Die stark gegensätzlichen Meinungen sind kaum überbrückbar. Insbesondere autonome Einrichtungen sehen wenig Nutzen aus Entschädigungen.

Verbesserungspotential bei der Transparenz von Versicherungsgesellschaften

Wie beurteilen Sie die Transparenzvorschriften für private Versicherungsunternehmen im Geschäft der beruflichen Vorsorge?



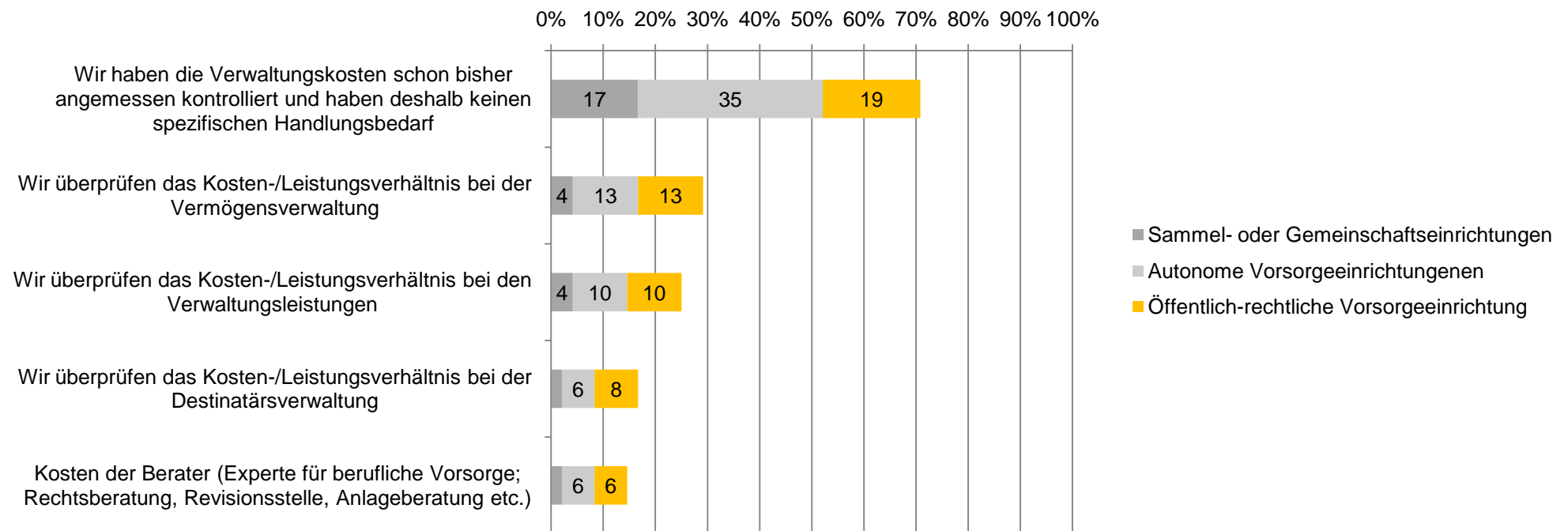
Wie beurteilen Sie die Transparenzvorschriften der übrigen Vorsorgeeinrichtungen?



- ▶ Die Branche selbst ortet Transparenzprobleme am ehesten bei den Versicherungsgesellschaften.
- ▶ Transparenzvorschriften ausserhalb der Versicherungsgesellschaften werden mehrheitlich für genügend erachtet.

Kosten-/Leistungsverhältnis der Verwaltungskosten prüfen

Die Verwaltungskosten seien zu hoch, wird von Politikern und Experten behauptet. In welchen Bereichen schätzen Sie, besteht bei Ihrer Einrichtung Handlungsbedarf?

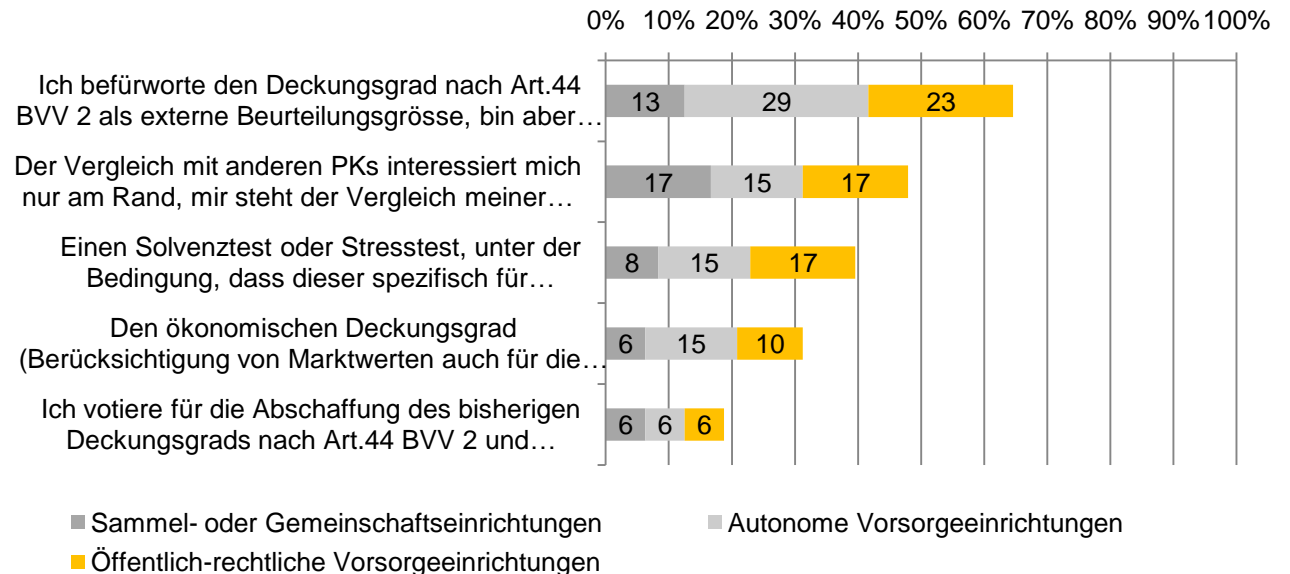
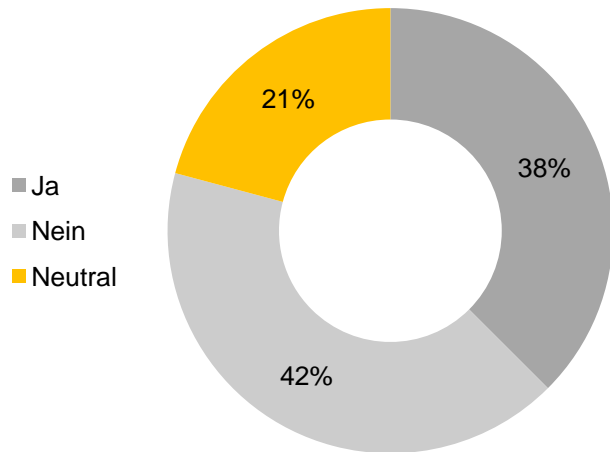


- ▶ Tendenziell orten die öffentlich-rechtlichen Vorsorgeeinrichtungen mehr Handlungsbedarf, die Kosten-/Leistungsverhältnisse in allen relevanten Bereichen zu überprüfen.
- ▶ Die Mehrheit der befragten Einrichtungen halten ihre Bemühungen zur Kostenkontrolle für genügend.

Solvenztest genießt Akzeptanz

Verschiedene Vorsorgeeinrichtungen rechnen teils mit hohen technischen Zinsen. Sollten die Vorschriften zur Festlegung des technischen Zinssatzes mit dem Ziel der besseren Vergleichbarkeit im Detail geregelt werden?

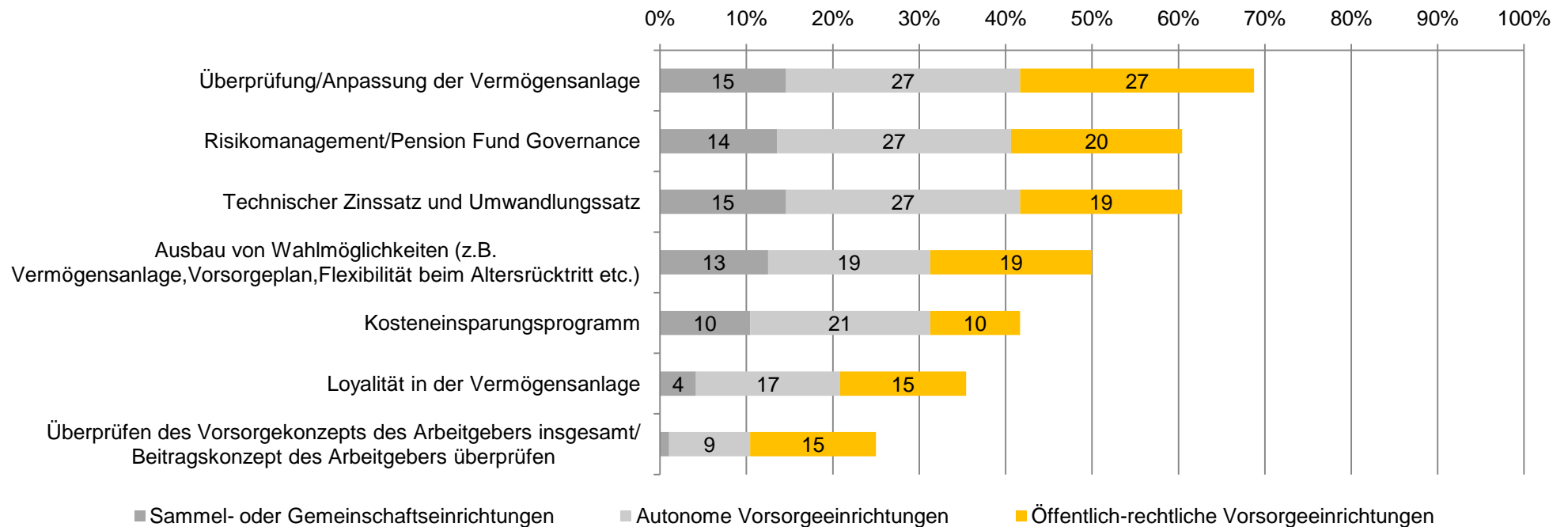
Der Deckungsgrad nach Artikel 44 BVV 2 eignet sich nur bedingt für Vergleichszwecke mit anderen Vorsorgeeinrichtungen. Wie stehen Sie alternativen Messgrößen gegenüber?



- ▶ Die heutige Deckungsgrad-Kennzahl nach Artikel 44 BVV2 wird nach wie vor geschätzt, obwohl sie zu Vergleichszwecken nicht vollständig genügt.
- ▶ Vorschriften für die Feststellung des technischen Zinssatzes zur Berechnung der Vorsorgekapitalien sind und bleiben umstritten. Dennoch scheint das Konzept eines für Pensionskassen geeigneten „Solvenztests“ akzeptiert zu werden.

Vermögensanlage und Risikokontrolle dominieren bei den Entwicklungsprojekten

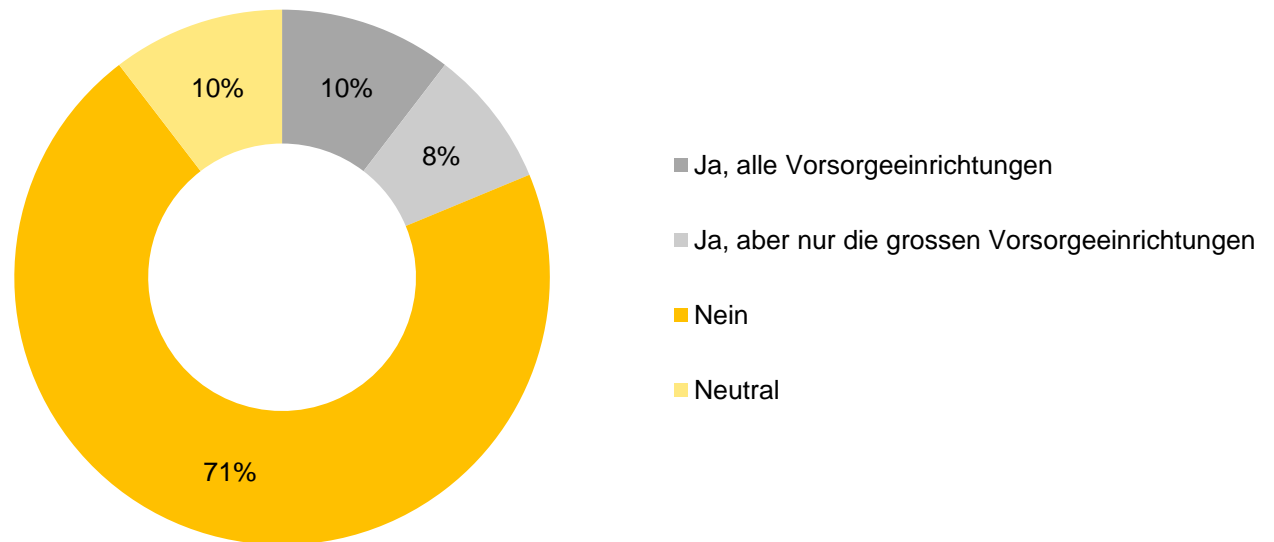
Mit welchen Themen und Projekten beschäftigen Sie sich derzeit oder in naher Zukunft in konzeptioneller Hinsicht und vom Umfang her etwas intensiver als bloss im Rahmen des Tagesgeschäfts?



- ▶ Die Anzahl der „brennenden“ Führungsthemen ist bemerkenswert hoch.
- ▶ Öffentlich-rechtliche Vorsorgeeinrichtungen sind zusätzlich mit Umwälzungen bei ihren Gemeinwesen konfrontiert und stehen deshalb unter besonderem Druck.

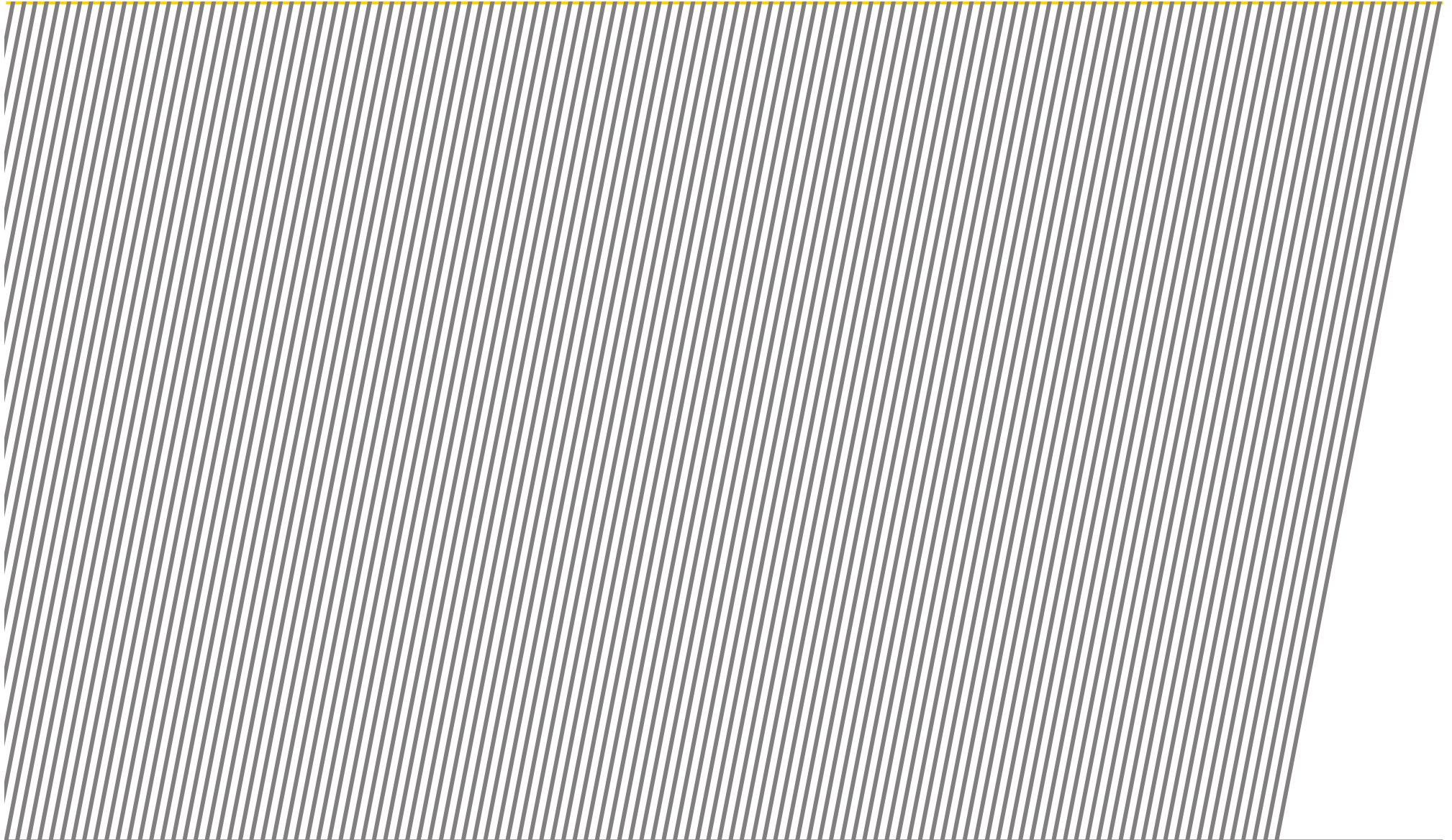
Aufsicht durch die FINMA wird mehrheitlich verworfen

Das Parlament hat im Rahmen der Strukturreform das dezentrale Aufsichtskonzept zwar reformiert, aber bestätigt. Würden Sie es begrüßen, wenn die Aufsicht über die berufliche Vorsorge vollständig durch die FINMA wahrgenommen würde?



- ▶ Das mit der Strukturreform angestrebte Aufsichtskonzept wird offenbar mehrheitlich gestützt.
- ▶ Sammel- oder Gemeinschaftseinrichtungen sowie autonome Vorsorgeeinrichtungen sind klar der Meinung, dass die FINMA (Eidgenössische Finanzmarktaufsicht) nicht die alleinige Aufsicht über die berufliche Vorsorge ausführen sollte.

Kernaussagen



Kernaussagen aus der Vorsorge-Studie 2010

- ▶ Der Einfluss der Politik wird in der Branche nicht geschätzt. So würde es die Branche zum Beispiel vorziehen, wenn zentrale Parameter, wie der BVG-Zins, nicht vom Bundesrat, sondern vom verantwortlichen Führungsorgan bestimmt werden könnten. Andererseits hat man wenig gegen einen der beruflichen Vorsorge angepassten „Solvenztest“ einzuwenden.
- ▶ Grosse Sorge bereitet die Feststellung, dass die Vermögenserträge deutlich und nachhaltig hinter dem zurück bleiben, was die Vorsorgepläne (insbesondere das Obligatorium) erfordern. Mit Sorge wird beobachtet, dass die überobligatorische berufliche Vorsorge immer mehr untergraben wird, indem sie die Finanzierungslücken zugunsten der obligatorischen Vorsorge decken muss.
- ▶ Die Führungsorgane arbeiten hart auf vielen „Baustellen“. Neben den omnipräsenten Arbeiten im Bereich der Vermögensanlage werden auch Projektarbeiten für grundlegende Neuerungen geleistet.
- ▶ Der moderate Einbezug der Rentner zur Sanierung einer Vorsorgeeinrichtung wird als notwendig erachtet. Ein Wechsel von voll- hin zu teilgarantierten Renten ist die meistgenannte Beteiligungsmöglichkeit. Auch andere Entsolidarisierungstrends werden anhalten. Im Vordergrund steht dabei mehr Mitbestimmung bei der Vermögensanlage.
- ▶ Die Arbeitgeber stören sich an den bestehenden Vorsorgemodellen, die für sie unkalkulierbare Risiken enthalten, beispielsweise die unplanbare Mitwirkungspflicht an Sanierungsmassnahmen.
- ▶ Obwohl Leistungsgarantien nach Meinung der Befragten weiterhin unverzichtbar und nachgefragt sind, rechnen erstaunlich viele Befragte mit dem Rückzug einzelner Versicherungsgesellschaften aus der 2. Säule.

Schlussfolgerungen seitens Ernst & Young

- ▶ Wir attestieren den Vorsorgeeinrichtungen ein **hohes Problembewusstsein** – aber auch eine **lösungsorientierte Grundeinstellung**. So zeigt sich beispielsweise ein grosser Teil der Branche bereit, sich einem für die berufliche Vorsorge angepassten „Solvenzttest“ zu stellen.
- ▶ Die Vorsorgeeinrichtungen sind mit **volatilen und fehlenden Vermögenserträgen** konfrontiert. Die finanzielle Lage der Einrichtungen ist deshalb nach wie vor unbefriedigend bis ungenügend.
- ▶ Im Parlament werden **kaum einlösbare Rentengarantien** zementiert und für das Obligatorium zu **hohe Parameter** festgelegt. Dies untergräbt bei umhüllenden Einrichtungen das Überobligatorium und strapaziert zunehmend den Solidaritätswillen der Aktiven Generation.
- ▶ Die Führungsorgane sind sehr stark mit **anspruchsvollen Projektarbeiten** eingedeckt.
- ▶ Massnahmen zur Sicherstellung von **Unabhängigkeit, Loyalität, Integrität und guter Governance** sind immer noch gefordert. Sie müssen hinsichtlich Kosten-/Nutzen optimiert und dem Einzelfall angepasst werden.
- ▶ Diese Herausforderungen **erzwingen ein hohes Mass an Professionalität** in der Vorgehensweise. Die bestehenden **Ressourcen der Führung** (Experte für berufliche Vorsorge, Anlageberater und –controller, Revisionsstelle etc.) sind zu nutzen. Sie sind in kluger Weise herauszufordern und **koordiniert bzw. fokussiert** einzusetzen.